

Die Vorbereitung der Vertreibung der Deutschen durch die tschechische und die polnische Exilregierung 1935 - 1941

von Adolf Wolf

Nach den Äußerungen polnischer Nationalisten zu Deutschland wie des: früheren polnischen Ministerpräsidenten Jarislaw Kaczynski zu urteilen, sind diese Gruppen noch nicht in Europa angekommen. Nach der Meinung Kaczynskis ist jedes Argument, das die Rechtmäßigkeit der Umsiedlung in Frage stellt, als Relativierung der (deutschen) Schuld für den Zweiten Weltkrieg und als „Verwechslung von Tätern und Opfern“ zu betrachten.

Heftige Schelte mußte auch der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene. Flüchtlinge und Aussiedler“ der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag einstecken, als er in Polen bemerkte, in den heutigen Westgebieten Polens habe es „zwei Täter“ gegeben: „Erstens Hitler und zweitens Polen, genauer: das kommunistische Regime im damaligen Polen.“

Bei der Lösung der offenen Fragen der deutschen Heimatvertriebenen hat die Politik kläglich versagt. Das zeigte sich besonders bei der deutsch-tschechischen Erklärung aus dem Jahr 1997. Nur durch einen „runden Tisch“ unter Mitwirkung der Heimatvertriebenen können die bestehenden Probleme im Sinne eines für beide Seiten tragbaren Ausgleichs gelöst werden. Nur so kann Rechtsfrieden in Europa eintreten. Es sollte nach der Maxime des tschechischen Autors des Buches „Die gestrige Angst“, Josef Skrabek, verfahren werden. Er schreibt: „die grausame Vergangenheit nicht verheimlichen, nicht verteidigen, sondern sorgfältig untersuchen und ohne Vorurteile der Öffentlichkeit präsentieren.“

Ein deutsches Sprichwort sagt: „Ein jeder kehrt vor seiner Tür und rein wird jedes Stadtquartier“. Kaczynski sollte sich intensiv mit der polnischen Vergangenheit befassen, bevor er das politische Klima erheblich beeinträchtigt. Es wird unterschlagen, daß es bereits im Jahr 1941 von Seiten der polnischen Exilregierung Pläne zur Vertreibung der Deutschen gab. Das beweist die folgende, lange Zeit geheim gehaltene Note des polnischen Präsidenten und Befehlshabers der polnischen Streitkräfte im Exil Wladislaw Sikorski an Eduard Benesch.

Übersetzung

Geheimhaltung aufgelöst gemäß cj.267/2001 -OZU Kopie aus dem Archiv MZVeR

Der Präsident der Regierung L dz 298/XIV /41

London, den 17. Februar 1941

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Eingegangen den 18. 11. 41

Anlage 7 Referent

Herr Präsident.

erlauben Sie, daß ich den genehmigten Beschluß wie im Schreiben vom 10. Februar dieses Jahres weaternutze und Ihnen wieder auf Polnisch schreibe.

Bei unseren Unterredungen am 26. und 27. Januar d. J. eröffneten wir die Frage der deutschen Minderheit und die Bildung eines Nationalstaates. Ihren Standpunkt zum Transfer der Deutschen haben Sie bereits im Jahr 1938 zum Ausdruck gebracht, was mit den polnischen Plänen im Einklang steht.

Unsere Politik gegenüber Deutschland muß differenziert und speziell sein. Ausgehend von der Voraussetzung, daß die Verantwortung für alle Verbrechen des deutschen Imperialismus nicht lediglich und ohne Ausnahme auf die führenden Personen fällt, sondern im gleichen Maße auf die gesamte deutsche Nation. Jedwede aufrichtige Verständigung mit den Deutschen ist so lange unmöglich, solange die Deutschen nicht anerkennen, daß sie, als Teil der weißen Rasse, sich andere Völker der gleichen Rasse nicht gewaltsam unterwerfen können.

Die Deutschen müssen zur Wiedergutmachung aller Schäden und zur Genugtuung für alle Gewalttaten und Verbrechen, die sie verschuldet haben, gezwungen werden und dies nicht nur für jene der jüngsten Zeit. Dies ist nicht ausschließlich eine Frage der Grenzänderung mit dem Übergang uralter slawischer Gebiete auf dem Baltikum und der Oder entlang mit ihrem gesamten Eigentum und Vermögen. Der jahrelange Prozeß der Liquidierung des Deutschtums in diesen Gebieten erlaubt uns für die weitere Zeit keine allzu engen Beziehungen zu den Deutschen. Das wird für sie sehr schmerzhaft und ökonomisch nachteilig sein, aber es ist unumgänglich und sehr gerecht.

Die Pläne, die Sie gemacht haben und welche sofort nach der Befreiung ausgeführt werden sollen, habe ich für mich übernommen, ich stimme ihnen völlig zu und bestätige sie in allen Punkten wie folgt:

1. Die Repräsentanten unserer Regierungen werden mit den Repräsentanten des Vereinigten Königsreichs, der Vereinigten Staaten und Rußlands über die Schaffung nationaler Staaten ohne deutsche Minderheiten auf ihren Gebieten verhandeln, die nach Beendigung des Krieges unseren Nationen zufallen, und wir werden von ihnen die Einwilligung zur Vertreibung aller Deutschen einfordern.
2. Die Deutschen müssen jegliches Eigentum am Ort zurücklassen und dürfen lediglich Bekleidung, Schuhwerk und Verpflegung für die Dauer des Transports mitnehmen. Ihr Eigentum und andere Werte werden am Ort zurückgelassen und als Kriegsreparationen verwendet.
3. Beim Transfer der Deutschen werden wir zusammenarbeiten und, soweit dies taktisch (geboten) erscheint, ein gemeinsames Vorgehen wählen. Das Vorgehen muß in der Kommission abgestimmt sein, und es ist ein Beitritt weiterer slawischer Staaten mit der gleichen Forderung möglich.

Bei der Verhandlung mit den Russen über die Vertreibung der Deutschen verlassen wir uns auf Sie, Herr Präsident, da Sie bei diesen beliebt sind, was diesem Zweck von Nutzen ist. Gemeinsam werden wir außerdem auf die übrigen Großmächte einwirken, damit wir unseren Plan verwirklichen können- die Bildung nationaler Staaten. Unsere beiden Nationen wünschen auf ihrem Hoheitsgebiet weder Männer und Frauen noch Kinder deutscher Nationalität, welche eine nationale Minderheit bilden würden. Sie würden die Schaffung eines Nationalstaates stören.

In das Koordinationskomitee, gebildet durch Ihre Anwesenheit bei der Sitzung am 10. Januar d. J., wäre die Bildung eines Unterausschusses nach Ihrem Vorschlag erwünscht, welcher sich mit dem Transfer der Deutschen und der Konfiszierung ihres Eigentums befassen würde. In diese Richtung geht ein sehr wichtiges Interesse unserer beiden Staaten, und so wird neben Ihrem Staatsminister H. Ripka für die polnische Seite der Außenminister Alexander Zawiza vertreten sein. Den Kontakt wird von polnischer Seite Charge d'affaires Herr Alexander Zawiza sichern. Die Erkenntnisse und Informationen aus den Verhandlungen des Unterausschusses können anlässlich der „Polnisch- tschechoslowakischen Annäherung am 2. Juni d. J. im polnischen Club Ognisko in Stockholm, an der wir beide teilnehmen, besprochen werden.

Ich freue mich auf unsere Zusammenkunft.

Seiner Exzellenz

Herrn Präsident Dr. Ed. Benes

Mit tiefster Hochachtung und Ergebenheit

SIKORSKI V.r.

Dieser Brief ist nicht nur ein Beleg der Schuld der polnischen Exilregierung, sondern auch ein weiterer Beweis dafür, daß Benesch neben Hitler als Urvater der ethnischen Säuberungen in Europa einzustufen ist. Er sollte in der Tschechischen Republik von dem Sockel des Nationalhelden herunter gestoßen werden.

Quelle: Preußische Mitteilungen Nummer 187